Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 5. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 10 — 95. Jahrgang. | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 13. Januar 1936

Amerikas Agrarkrise.

Roosevelts zweite Niederlage. — Gründe und Hintergründe der amerikanischen Landwirtschaftspolitik.

Eine zweite schwere Niederlage hat der Präsident der Vereinigten Staaten in diesen Tagen erlitten. Der Oberste Gerichtshof hat erklärt, daß das „landwirtschaftliche Ausgleichsgesetz", das für die Roosevelt-Aera charakteristisch war, verfassungswidrig sei. Schon die Ungültigkeitserklärung des Nira-Gesetzes hatte im vergangenen Sommer die Stellung Roosevelts stark geschwächt. Nur die Farmer, denen das Gesetzeswerk Roosevelts nach wie vor einträgliche Einkünfte verschaffte, hielten mit den demokratischen Parteianhängern fest an Roosevelts Programm. Der erste Angriff auf seine Landwirtschaftsgesetzgebung ging von denjenigen aus, die seit 1933 die Kosten für die Farmerhilfe aufbringen mußten, nämlich den Verarbeitern der Agrarerzeugnisse.

Das landwirtschaftliche Ausgleichsgesetz wurde 1933 von Roosevelt ins Leben gerufen. Es war als eine Art Entschädigung für die großen Verluste, die die Farmer in den Jahren des landwirtschaftlichen Preisverfalls erlitten hatten, gedacht. Es gipfelte in der Bestimmung der Einschränkung der landwirtschaftlichen Anbaufläche und damit der Erzeugung. Auf diese Weise sollte es dem Staat leicht gemacht werden, den Umfang der Erzeugung zu kontrollieren und Mengen und Preis in ein angeblich „gesundes" Verhältnis zueinander zu bringen. Für diese Einschränkung der Anbaufläche erhielten die Farmer, die sich freiwillig zur Verminderung des Anbaus bereit erklärten, hohe Prämien gezahlt. In den letzten zwei Jahren erhielten etwa drei Millionen Farmer mehr als eine Milliarde Dollar Entschädigung. Nach und nach bemächtigte sich der verarbeitenden Kreise Unzufriedenheit über die Steueraufbringung, die sie als überflüssige Last empfanden. Die Unzufriedenheit wuchs, als das System Roosevelt durch die Ungültigkeitserklärung der Nira-Gesetze erstmalig ins Schwanken geriet. Und wie immer, wenn ein Staatsmann Schiffbruch mit seinem Programm erleidet, sagte ein Teil der bisherigen Anhänger Roosevelts die Gefolgschaft auf. Ein Staat nach dem anderen entschied sich dahin, daß die Landwirtschaftsgesetze verfassungswidrig seien. Die Verarbeitungskreise lehnten in der Folge die Aufbringung der Verarbeitungssteuern ab, und der Regierung blieb nichts anderes übrig, als die Abgaben an die Landwirtschaft aus eigenen Mitteln zu zahlen.

Nachdem nun auch der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten sich der Auffassung angeschlossen hat, daß die landwirtschaftlichen Ausgleichsgesetze widerrechtlich seien, mußten die Zahlungen an die Farmer zwangsläufig sofort eingestellt werden. Zum größten Leidwesen der Farmer selbst, zum vielleicht weniger großen Roosevelts, der sich neuerdings zu einer großzügigen Sparparole bekannt hat, von der man wohl annehmen darf, daß sie im engsten Zusammenhang mit dem bevorstehenden Wahlkampf in USA. steht. Einstweilen verlangen die Farmer wenigstens Entschädigungen für die Einschränkungen der Anbauflächen, die vor Fällung der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes bereits angemeldet waren. Wie weit sie durchdringen werden mit ihrer Forderung, wird die Zukunft lehren. Roosevelt hat ihnen zwar Hilfe zugesagt, hat von einer „moralischen Verpflichtung zur Zahlung" gesprochen. Einstweilen aber ballen sich drohende Wolken über den Staaten zusammen. An den internationalen Warenmärkten, vor allem an den amerikanischen und englischen Baumwoll- und Weizenmärkten, haben die Preise einen schweren Einbruch erlitten, teilweise um 11 bis 16 Punkte. Verständlicherweise, denn, so rechnen die Interessenten, jetzt werden die bisher künstlich hochgehaltenen Preise zwangsläufig fallen müssen, zumal sich die Farmer schon aus persönlichen Gewinnrücksichten heraus in Zukunft mit aller Energie auf eine neuerliche Ausweitung ihrer Anbauflächen stürzen werden, um wenigstens durch möglichst große Mengenerzeugung bei kleinen Preisen die Verluste am Preis wettzumachen, die ihnen aus der aufgehobenen Farmerhilfe entstehen. Ob dagegen das Farmerproblem durch die neuen Verhältnisse geklärt werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Genaue Kenner der Vereinigten Staaten und ihrer Agrarverhältnisse versichern, daß die Lösung des amerikanischen Farmerproblems eine Unmöglichkeit darstellt, und zwar deswegen, weil es einmal heute in Amerika mindestens eine Million Farmerfamilien zu viel gibt, für die man beim besten Willen angesichts des riesigen Arbeitslosenheeres der Vereinigten Staaten keine neuen Beschäftigungsmöglichkeiten weiß, und zum anderen, weil der amerikanische Bauer zu hohe Ansprüche an das äußere Leben (Radio, Auto usw.) stellt.

Um die gegenwärtigen Vorgänge in USA. zu verstehen, muß man ein wenig in der Entwicklungsgeschichte der amerikanischen Landwirtschaft zurückblättern. Ursprünglich war es so, daß man dankbar vom Boden hinnahm, was der Boden hergab, und er gab reichlich, denn überall noch fand man jungfräuliches, bis dahin unangebautes Land. Der Reichtum des Bodens aber wurde zum Verhängnis, als man in Amerika, vor allem in der Kriegszeit, dazu überging, sich gewaltsam auf die Massenerzeugung (ebenso wie in der Industrie!) einzustellen. Die in den Krieg verwickelten Staaten waren damals dankbare Abnehmer jeder Menge von Lebensmitteln. Zur Steigerung des Ertrages ging man schnellstens zur intensiven Wirtschaftsweise über, holte mit den hervorragendsten technischen Mitteln das denkbar Mögliche aus dem Boden heraus, bis man eines Tages mit Entsetzen feststellen mußte, daß die Abnehmer für diese Erntemengen ausblieben und daß die bisherigen Kunden mehr und mehr ihren Bedarf aus eigener Scholle zu decken versuchten. Was sollte der Farmer jetzt mit seinem Überfluß machen? Steuern und Zinsen und Abgaben blieben dieselben, die Ausgaben aber sanken. Je mehr er anbaute, um so stärker fielen die Preise, um so weniger wurde ihm der Lohn seiner Arbeit zuteil. In dieser zwiespältigen Lage erschien Roosevelts Hilfsplan wie eine Erlösung. Roosevelt hoffte, durch vorgetäuschte Wirtschaftsblüte die Farmer bei Laune zu halten, ließ nicht nur riesige Mengen Weizen, Baumwolle, Reis, Tabak, Zucker und Vieh staatlicherseits aufkaufen, sondern auch großenteils vernichten, verbrennen, ins Meer schütten, um den preisdrückenden Überfluß zu beseitigen. Darüber hinaus ließ er den Anbau vermindern. Wie zweischneidig dieser Vorgang war, zeigte sich bereits in den Jahren 1934 und 1935, in denen die Ernteerträge weit hinter denen der Normaljahre 1928 bis 1931 zurückblieben. Die enorme Dürre hatte ungeheure Werte zerstört, und durch die vorher betriebene künstliche Vernichtung großer Erntebestände wurde mit einem Male der Mangel an Reserven doppelt empfindlich spürbar. Im Sommer 1935 waren die Angebote so knapp und die Preise so hoch, daß die Hausfrauen, die in den Vereinigten Staaten nahezu allmächtig sind, offen in den Käuferstreik traten. Die Tatsachen sprachen offen gegen die Rooseveltschen Erzeugungsbeschränkung.

Noch weiß niemand, wie die amerikanische Farmerfrage weiter gelöst werden soll. Aber vielleicht, vielleicht wird über den Umweg der Ungültigkeitserklärung der Farmerhilfe der Weg frei zu einem wieder gesunden Austausch amerikanischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegen die Fertigwaren anderer Länder, der in den letzten Jahren an dem übertrieben hohen, künstlich gehaltenen Preisniveau der Vereinigten Staaten scheiterte.

L. Hamel.

Die Saar im ersten Befreiungsjahr.

Gauleiter Bürckel über die politische und wirtschaftliche Lage.

Am Jahrestag der Saarbefreiung zieht der Gauleiter Bürckel, der den Kampf für das Deutschtum an der Saar geführt hat, eine Bilanz und überblickt die politische und wirtschaftliche Entwicklung im befreiten Gebiet im vergangenen Jahre.

In einer Unterredung ließ sich der Gauleiter über die wirtschaftliche Lage dahin aus, daß der binnendeutsche Markt sich im Laufe des verflossenen Jahres als aufnahmebereit erwiesen hat. Der noch bestehenden Schwierigkeiten hoffe man durch weitgehende Industrieumstellung Herr zu werden. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die großen Projekte, wie zum Beispiel die Saarregulierung, größere Straßenbauten und Häuserreparaturen, erscheinen dem Gauleiter in der Hauptsache als Zwischenmaßnahmen, die die notwendige Zeit geben, normale wirtschaftliche Verhältnisse und damit Arbeit für jeden Volksgenossen zu schaffen.

Die Frage wegen der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung im Saarland beantwortete Gauleiter Bürckel folgendermaßen: Auf diesem Gebiet bleibt für uns noch sehr viel zu tun. Das Saarland hat die ganze politische Entwicklung des Reiches sozusagen in Konzentration durchzumachen. Die Saarländer sind, das haben sie ihrem Volk und aller Welt bewiesen, deutsch bis ins Mark. Wir sagen: Jeder Deutsche ist Nationalsozialist. Dem Saarländer aber muß man nun in einem Anschauungsunterricht zeigen, daß jeder Nationalsozialist ein Deutscher ist. Die NSDAP. wird prozentual im Saarland am stärksten im ganzen Reich sein. Alle Mitglieder der Deutschen Front erheben Anspruch darauf, würdig zu sein, in die NSDAP. aufgenommen zu werden. Die Deutsche Front zählt mehr als 90 Prozent aller Wahlberechtigten. Es wird mir nie in den Sinn kommen, auch nur einen einzigen dieser braven Männer abzulehnen. Meinen stärksten Glauben habe ich an den saarländischen Arbeiter. Er war einer unglaublichen politischen Kanonade seiner Gegner ausgesetzt. Trotz allem hielt er stand. Er hatte den gesunden Instinkt, und wo der Instinkt gesund ist, da läßt sich die gerechte und gesunde Sache immer gewinnen.

Ausschüttung aus der Saarspende an Kriegsopfer.

Der Reichsarbeitsminister hat 100 bedürftigen Kriegsopfern des Saarlandes Unterstützungen von je 100 Mark aus der von ihm zur Erinnerung an den Abstimmungssieg vom 13. Januar 1935 errichteten Saarspende zukommen lassen. Die Saarspende, die noch durch eine Reihe sonstiger Zuwendungen ergänzt wird, soll den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Saarlandes zeigen, daß man die Opfer nicht vergessen hat.

*

Der Auftakt zu den Befreiungsfeiern.

Am Sonntag begannen im Saarland die Befreiungsfeiern am ersten Jahrestag der Volksabstimmung mit einer großen Anzahl von örtlichen Feiern. In allen Kreisorten hielten die Kreisleiter an die Volksgenossen und die Formationen der Partei begeisterte Ansprachen, in denen auf die Bedeutung des Tages auch als Markstein für die Befriedung Europas hingewiesen wurde. In den meisten Orten fanden Umbenennungen von Straßen und Plätzen statt, die das Gedächtnis an den geschichtlichen 13. Januar und die Befreiung des deutschen Saarvolkes für alle Zeiten wachhalten sollen.

Bereits am Sonnabend hatte eine große Festkundgebung im Saarbrücker Stadttheater den Auftakt zu den Feiern gegeben. Die Stadt war, wie alle Orte des Saarlandes, mit Fahnen und Girlanden geschmückt. Die Kundgebung in Saarbrücken wurde mit Begrüßungsworten des Intendanten Huber vom Saarbrücker Theater eröffnet. Mit lautem Beifall begrüßt, ergriff dann Reichskulturwalter Hinkel das Wort. Er wies darauf hin, daß der Nationalsozialismus nicht nur das Recht auf Arbeit erkämpft habe, sondern auch das Recht für jeden deutschen Volksgenossen, an dem künstlerischen und geistigen Leben der Nation teilzunehmen. Zum Schluß betonte er, daß er als Sohn der Westmark wisse, wie schwer man an der Grenze zu kämpfen habe. Von der Reichskulturkammer aus werde alles geschehen, um das Saarland ein kulturpolitisches Bollwerk für die deutsche Kunst und das gesamte deutsche Geistesleben aufzubauen.

„Platz der Deutschen Front."

Im Rahmen der großen Feiern wurde am Sonntag in Saarbrücken in einer Feierstunde vor dem Rathaus der historische Rathausplatz in „Platz der Deutschen Front" umgetauft. Oberbürgermeister Kreisleiter Dürrfeld wies auf den 15jährigen Leidensweg des deutschen Saarvolkes hin, in dessen Herz der Glaube an Deutschlands Sendung niemals untergegangen war. Er schilderte den harten Kampf um diesen Fleck geheiligter deutscher Erde, bis dann der Ehrentag des Abstimmungssieges vom 13. Januar 1935 kam.

Dieser Abstimmungssieg, so führte der Oberbürgermeister aus, bedeutete nicht nur ein bedingungsloses Bekenntnis des Saarvolkes zu Deutschland und seinem Führer Adolf Hitler, er war auch ein Ausdruck deutschen Selbstbehauptungswillens gegenüber den Anfechtungen fremder Mächte.

Gauleiter Bürckel als damaliger Saarbevollmächtigter habe diesen Kampf mit seinen Getreuen geführt. Untrennbar sei sein Name mit dem schicksalhaften Geschehen des 13. Januar 1935 verbunden. Oberbürgermeister Dürrfeld schloß mit den Worten: „Die Deutsche Front war das Bollwerk des deutschen Willens und der deutschen Kraft. Deutsche Front ist der Ehrenname der Gemeinschaft aller Deutschen an der Saar, die bereit waren, ihr Letztes für Deutschland zu geben. Als Hoheitsträger der Stadt Saarbrücken weihe ich daher in dieser Stunde zum steten Gedenken der Deutschen Front diesen Platz. Der Rathausplatz zu Saarbrücken soll künftig den Namen tragen: „Platz der Deutschen Front". Den Ruhm seines Namens aber sollen auf ewig verkünden die Glocken über uns im Rathausturm zu Saarbrücken. Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar."

Zum Abschluß der Kundgebung wurde der Große Zapfenstreich zum Vortrag gebracht.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF